

Bericht über millionenteure Misswirtschaft im Lageso

Die Berliner Sozialbehörde Lageso soll Gelder in Millionenhöhe durch Misswirtschaft verloren haben. Prüfer weisen einem Bericht zufolge fehlende Berechnungen, chaotische Akten und Vetternwirtschaft nach.



Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) in Berlin stand bereits in der Vergangenheit durch chaotische Zustände vor Ort in der Kritik Foto: dpa

Bei der Suche nach Flüchtlingsunterkünften soll dem Land Berlin ein finanzieller Schaden in Millionenhöhe entstanden sein. Das meldet die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" ("FAZ") am Freitag und bezieht sich auf einen bisher unveröffentlichten Zwischenbericht der zuständigen Senatsleitung, der dem Blatt vorliegt.

Darin heißt es, das umstrittene Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) habe durch unwirtschaftliches Verhalten Schäden von mindestens 1,6 Millionen Euro verursacht. Weitere mögliche Einbußen in Höhe von rund 2,1 Millionen Euro seien noch zu prüfen. Ein Sprecher der Senatsverwaltung wollte die Angaben zunächst nicht kommentieren.

Konkret geht es um den Zeitraum von Januar 2010 bis Juli 2015. Vier erfahrene Wirtschaftsprüfer der Berliner Finanzämter sollen innerhalb von vier Monaten jegliche Unterlagen gesichtet haben, berichtet die Zeitung. Insgesamt seien das etwa 200 Aktenordner zu 66 Einrichtungen der Flüchtlingsunterbringung gewesen.

Prüfer monieren falsche Berechnungen

Bei der Prüfung seien dem Bericht zufolge chaotische Verhältnisse beim Lageso festgestellt worden. Rechnungen und Dokumentationen zu Zahlungen seien mitunter gar nicht oder nur lückenhaft in den Akten zu finden gewesen. Zudem fehlten Vergabe- und Entscheidungsvermerke sowie ausreichende Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Auch personelle Verflechtungen zwischen Bauunternehmen und Betreibern von Flüchtlingsunterkünften werden kritisiert. Bei den untersuchten Verwaltungsvorgängen aus dem Zeitraum sei keine einheitliche Aktenführung und Struktur feststellbar gewesen.

Als ein Beispiel nennt die Zeitung die Anmietung einer Asylunterkunft in der Herzbergstraße. Diese habe die Stadt mehr gekostet, als das Gebäude zu kaufen. Rund 2,5 Millionen Euro hätte das Gebäude gekostet, die Mietkosten beliefen sich auf 3,9 Millionen Euro. Auch wenn mögliche Brandschutzmaßnahmen herausgerechnet würden, die durch die Miete abgedeckt werden, entstünde immer noch ein Schaden von einer Million Euro, so die "FAZ". Das sei die größte Summe in der Auflistung.

Des Weiteren sollen die Prüfer Fehler bei der Berechnung der Entschädigung für einen Hausbesitzer monieren. Bei der Beschlagnahmung des Gebäudes, das sich an der Straße Am Bärensprung, Ecke Keilerstraße befindet, soll der Eigentümer eine Entschädigung erhalten haben, die auf einem höheren Tagessatz basierte, als derzeit tatsächlich abgerechnet wird – 49 Euro pro Person statt 23,19 Euro. So habe das Lageso 311.000 Euro mehr gezahlt, als notwendig gewesen wäre.

Bei einem dritten Objekt wurde die Umsatzsteuer falsch in den Mietvertrag eingerechnet. Dieser Schaden soll sich auf 256.500 Euro belaufen.

Wirtschaftsprüfer hatten dem Lageso bereits im vergangenen Jahr schwere Mängel bei der Vergabe von Asylunterkünften nachgewiesen. Daraufhin hatte der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses einen Bericht zu möglichen finanziellen Schäden für Januar 2016 gefordert.